

## **Für mehr Anerkennung der Rolle und Potentiale der außerschulischen Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Positionspapier von ARBEIT UND LEBEN zur Zukunft von Erasmus+**

ARBEIT UND LEBEN ist eine Weiterbildungseinrichtung, die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Volkshochschulverband (DVV) getragen ist. Wir sind eine Fachorganisation der politischen und sozialen Bildungsarbeit. Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN und die in ihm vertretenen Landesarbeitsgemeinschaften sind hauptsächlich in den Erasmus+ Programm-Bereichen Berufsbildung und JUGEND IN AKTION/Jugendbegegnungen tätig.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung und Verbesserung von Erasmus + für die künftige Programmgeneration ab 2021 hat ARBEIT UND LEBEN grundsätzlich folgende Anregungen:

- Das Nachfolgeprogramm muss flexiblere Möglichkeiten bieten, damit Träger auf aktuelle politische Entwicklungen schnell reagieren können; über passende Ausschreibungen müssen Mittel für entsprechende Projekte kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können.
- Die Antrags-, Abrechnungs- und Nachweisverfahren müssen weiter vereinfacht werden.
- Anerkennungsverfahren müssen weiterentwickelt, angewendet und weiter bekannt gemacht werden, damit die Anerkennung der erworbenen Kompetenzen auf Landesebene durch die Kammern und Arbeitgebenden auch praktisch gelebt wird.
- Im Zuge der Austrittsverhandlungen müssen Lösungen gefunden werden, wie die EU europäische-britische Jugendmobilität über das Jahr 2020 hinaus fördern kann.

### **Berufsbildung**

Im beruflichen Bildungsprogramm organisiert ARBEIT UND LEBEN als großer außerschulischer Träger mit dem 2017 bewilligten Fördervolumen von ca. 3 Mio. Euro in verschiedenen Projekten Auslandspraktika für bis zu 1.814 Auszubildende und junge Berufstätige in Deutschland. Das stellt 9 % der insgesamt 21.272 beruflichen Mobilitäten dar, die deutschlandweit Schulen, Betrieben und außerschulischen Trägern von der Nationalagentur bewilligt wurden. Durch die Praktika erweitern die Auszubildenden ihre beruflichen und interkulturellen Kompetenzen sowie Fremdsprachenkenntnisse. So verbessern sie die für eine Beschäftigung in der stark international ausgerichteten deutschen Wirtschaft notwendigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die für eine europäische Bürgerschaft unerlässlichen sozialen, kulturellen und politischen Kompetenzen.

Gemeinsam mit den anderen außerschulischen Bildungsträgern beteiligen wir uns effektiv an der Umsetzung der erklärten Zielstellungen der EU und der Bundesrepublik, die Prozent-Zahl der Auszubildenden, die eine Auslandserfahrung machen, bis 2020 auf 6 bzw. 10 % zu steigern. Denn wir arbeiten insbesondere mit kleinen Bildungseinrichtungen in ländlich strukturierten Regionen zusammen, die nur über wenige mobilitätsinteressierte Auszubildende verfügen, daher (noch) keine eigenen Projekte durchführen und den Mehrwert eines im Ausland absolvierten Lernaufenthaltes für ihre Auszubildenden bisher eher gering schätzen. Gleichzeitig gehen wir verstärkt auf die beteiligten Berufsschulen, Kammern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit zu, um sie zu einer aktiven Beteiligung an der Mobilitätsförderung zu animieren und die Anerkennung erworbener Lernleistungen zu verbessern.

Für die nächste Förderperiode regen wir an:

- An der durch die Träger flexibel gestaltbaren Förderung der Einzelmobilitäten durch die Konstruktion von Poolprojekten in der beruflichen Bildung sollte festgehalten werden.
- Der flexible Zugang für Menschen mit geringeren Möglichkeiten und besonderen Bedürfnissen und somit besonderem Unterstützungsbedarf muss weiter ausgebaut werden, und der notwendige Unterstützungsprozess muss insbesondere auch auf die Begleitung, Evaluierung und Anerkennung des Lernprozesses bezogen werden (weite Definition von besonderem Unterstützungsbedarf und flexible Anerkennung von entsprechenden Kosten).
- Insbesondere für benachteiligte Jugendliche mit Lernschwierigkeiten bedarf es einer gesonderten Vorbereitungspauschale; gerade für sie ist OLS nicht einsetzbar und sind die Pauschalen für organisatorische Unterstützung unzureichend.
- Die Rolle aller europäischen freien Träger außerhalb der Berufsausbildung als Umsetzende von Poolprojekten muss gestärkt und ihre Arbeit besser anerkannt und gefördert werden. Viele mit uns kooperierende Schulen, Ausbildungsträger und Betriebe melden uns zurück, dass sie die Betreuungsleistung in der notwendigen fachlichen sowie inhaltlichen Qualität und Spezialisierung nicht selbst leisten können und deswegen keine eigenen Mobilitätsprojekte durchführen. Unsere methodischen und konzeptionellen Erfahrungen der politischen Jugendbildung kommen der Förderung des interkulturellen Verständnis, der aktiven Bürgerschaft sowie der Vermittlung der europäischen Werte in erheblichem Maße zu Gute. Die dafür erforderlichen überdurchschnittlichen Betreuungs- und Unterstützungsangebote sind bislang nicht in ausreichendem Maße in den dafür vorgesehenen Pauschalen für organisatorische Unterstützung berücksichtigt; sie müssen entsprechend erhöht oder Personalkostenpauschalen eingeführt werden.
- Der Ansatz der Pool-Projekte muss sich auch auf die Entsendung von Bildungspersonal erstrecken. Für die außerschulischen Träger ist hier die Eingrenzung auf Bildungspersonal der eigenen Einrichtung oder Einrichtungen, die in sehr engen Kooperationsbeziehungen zum Träger stehen, aufzuheben.
- Da internationale Jugendarbeit in Gegenseitigkeit funktioniert, sollten Personalkostenfördersätze oder Kofinanzierungsinstrumente für die Aufnahme von ausländischen Praktikantinnen und Praktikanten eingeführt werden, da die personalintensive Betreuung bei der Organisation eines Praktikumsaufenthaltes in Deutschland von einzelnen anderen Trägern und uns nur durch die Stipendienmittel finanziell nicht leistbar ist.
- Die als Freemover früher altersunabhängig geförderten Auslandspraktika für sogenannte *people in the labour market* sollten wieder eingeführt werden.
- Die bereits eingeführten Vereinfachungen der Administration durch die Digitalisierung sollten weiterentwickelt werden. Insbesondere sollten die beiden Datenbanken „Mobility-Tool“ und „Europass Mobilität“ zusammengeführt werden.

Nationale Anregungen:

- In Deutschland sollten Erasmus+-Auslandspraktika als Qualifizierung nach einer Berufsausbildung durch die Agenturen für Arbeit anerkannt werden.
- Die nationale Kofinanzierung sollte nicht auf rein duale Ausbildungsberufe beschränkt bleiben. Insbesondere Ausbildungsgänge im Gesundheitsbereich sind meist ausschließlich schulisch mit einem verbindlichen Praxisanteil organisiert. Nach der bisherigen Kategorisierung gehören sie nicht zu den dualen Ausbildungsgängen. Hier erfolgt demzufolge keine Kofinanzierung.

## **Erwachsenenbildung**

Für ARBEIT UND LEBEN und andere Träger ist die europäische Öffnung des Arbeitsfeldes der Erwachsenenbildung noch ausbaufähig, da sie aufgrund der geringen Förderaussichten wegen der schlechten finanziellen Ausstattung in Erasmus+ bislang nicht systematisch angegangen werden konnte. Wir sind überzeugt, dass Mobilitätsprojekte zur Umsetzung der Europäisierungsbestrebungen der Träger der Erwachsenenbildung beitragen. Strategische Partnerschaften ermöglichen einen europäischen Kompetenz- und Methodentransfer in Modellprojekten zu den Themenbereichen einer umfassenden Grundbildung, der sozialen und beruflichen Integration von Geflüchteten, der Vermittlung und der Akzeptanz der Werte der Europäischen Union sowie der politischen Bildung. Die Träger politischer Bildung können mit ihren Projekten rechtspopulistischen Tendenzen entgegensetzen und für eine Identifikation mit europäischen Werten werben.

Der nationale Zwischenevaluationsbericht beschreibt die Wirksamkeit und Bedeutsamkeit der Aktionen. Deswegen sollte ganzheitliche Erwachsenenbildung integraler Bestandteil von Erasmus+ bleiben und finanziell gegenüber den anderen Programmbereichen elementar gestärkt werden.

## **JUGEND IN AKTION/Jugendbegegnungen**

Analog zu nationalen Programmen sollten die Rolle von Zentralstellen in der Förderung von Jugendbegegnungen über Erasmus + gestärkt und größere Projektvorhaben zu Themenschwerpunkten über nationale innerhalb der europäischen Prioritäten an einzelne Träger herangetragen werden können. Bundesweit tätige Träger wären dadurch flexibler in der Projektabwicklung und könnten Themen verbandsweit leichter umsetzen, da eine Programmkoordination durch die Zentralstelle erfolgen könnte. Im Bereich der Antragstellung sollten die Formulare deutlich verschlankt werden. Wir regen darüber hinaus an, analog zur beruflichen Mobilität eine angemessene Pauschale für organisatorische Unterstützung einzuführen.

**[www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)**